

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus  
oder bei Bezug durch die  
Post

monatlich . . . Kz 16.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 96.—  
ganzzährig . . . 192.—

Kollektion  
von Manuskripten erfolgt  
nur bei Einbindung der  
Retourmarken.

Ersteht mit Ausnahme  
des Montags täglich früh.

2. Jahrgang.

Donnerstag, 14. September 1922.

Nr. 216.

## Der Weg des Heils.

Von Troppau sollte das große Heil kommen. Dort hat die Deutsche Nationalpartei soeben ihren Parteitag abgehalten, der — wie vorher versprochen wurde, — der deutschen Politik neue Wege von unerhörter Neuheit weisen sollte, die geeignet erscheinen mußten, „ein ganzes Volk auf ihrer für gut befundenen Bahn mitzureißen“. So stand es Tage vorher im Hauptblatte der Deutschen Nationalpartei zu lesen. Und noch mehr: es sollte, so las man in dem Blatte, „etwas Großes“ geleistet, mit den „herkömmlichen Mitteln des Kampfes um Selbstbestimmungsrecht gebrochen“ werden, um „endlich einmal die Welt aufhorchen zu lassen“. Nicht mehr Proteste und Entschlüsse sollten von nun an gefaßt werden, denn die wandern nur in den Papierkorb der Prager Regierung, es sollte Schluß gemacht werden mit dem „Sand in die Augen streuen“, dafür sollte eben das Große kommen, der neue Weg des Heils, die neuen Kampfmittel, die den Troppauer Parteitag zu einem „Marxstein“ machen sollten; die Frage der Deutschen in der Tschechoslowakei sollte dadurch zum Brennpunkt der Politik gemacht werden, so daß sogar die große und kleine Entente gezwungen sein würden, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Und was dergleichen deutschnationale Aufschneidereien mehr sind. Wie man sieht, nahmen die Herren gehörig den Mund voll, noch weit mehr, als man selbst nach den berühmtesten Leistungen dieser Wortemacher gewöhnt ist.

Und die „Welt“ horchte auf. Nun also endlich sollte der Stein der Weisen, die heilende Medizin gefunden werden! Der Parteitag kam, er verlief unter dem üblichen Wortgeplätscher und nun, da sich die platzenden Redegewässer verlaufen haben, läßt sich das Feld überblicken. Aber wo ist das „Große“, das geboren werden sollte? Wo ist der neue Weg des Heils, wo die neuerfundenen Kampfmittel, wo das sagenhafte Etwas, das nicht nur die Welt, sondern sogar die große und kleine Entente aufhorchen lassen sollte? Man wird unter dem Geräusch, das der deutschnationale Parteitag zurückgelassen hat, vergebens danach suchen, was die Großsprecher, mit der die zu fassenden Beschlüsse des Parteitages angekündigt wurden, auch nur einigermaßen rechtfertigen würde. „Keine Proteste und Entschlüsse mehr, denn die wandern in den Papierkorb und streuen der Bevölkerung nur Sand in die Augen“, so hieß es vor dem Parteitag, aber der Parteitag beschloß gleich ein ganzes Duzend dieser verpönten Proteste und Entschlüsse, nicht nur politische und wirtschaftliche, sondern womöglich für jeden Beruf und jeden Stand eine eigene. Die massenhafte Fabrikation von Entschlüssen steht also nicht danach aus, daß die Lodgman-Baeran-Deute mit der Politik des „Sand in die Augen Streuens“ brechen wollen, und sie hat auch nicht den Vorzug der Neuheit.

Aber vielleicht ist das, was in den gehaltenen Reden gesprochen und in den gefaßten Entschlüssen beschlossen wurde, das Neue, Große und Gewaltige? Die Reden der Lodgman, Brunar, Raibl und Lurnwald sind aber nichts als die satifam bekannten deutschnationalen Wald- und Wiesenreden, wie man sie bald besser, bald schlechter schon zahllose Male vernommen hat, und es gehört schon mehr als eine blühende Phantasie dazu, zu glauben, dieser aufgewärmte deutschnationale Kaffee würde die große und kleine Entente in Erstaunen und Verblüffung versetzen. Sachlich gewertet, sind die Reden, die uns der Parteitag bescherte, geradezu armselig zu nennen. Der Herr Abgeordnete Dr. Raibl produzierte u. a. den Satz: „Zuerst national und dann Wirtschaft, und dieser Kampf muß ausgefochten werden.“ Das ist die alte abgedroschene Melodie: erst Heilsschreien, dann die Sorge um's Brot! Darin liegt auch die Erklärung dafür, warum die Deutschnationalen jetzt in der Zeit der furchtbarsten Wirtschaftskrise für die hungernden Volksgenossen-Arbeiter auch nicht einen Finger rühren. Den größten Unfuss — abgesehen von dem schauerhaften Deutsch — aber gab Herr Emil Lurnwald von sich: „Weder die Arbeitslosigkeit, noch die Erhaltung des Arbeitsplatzes konnte die Sozialdemokratie dieses Staates den

## Einheitsfront der Landarbeiter.

Abwehr des Lohnabbaues. — Gemeinsamer Kampf für gemeinsame Forderungen.

Gestern fand in Prag eine Konferenz aller Gewerkschaften der Land- und Forstarbeiterschaft statt, welche von historischer Bedeutung in der Bewegung des Landarbeiterproletariates dadurch ist, daß sich zum erstenmale die Vertreter dieser Arbeiterschicht ohne Unterschied der politischen und nationalen Zugehörigkeit zusammensanden, um über ein gemeinsames Vorgehen zu beraten.

Beteiligt waren folgende Organisationen: Der allgewerkschaftliche Verband der Land- und Forstarbeiterschaft der tschechischen sozialistischen Partei in Prag, der tschechoslowakische Verband der Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter in Prag, die Gewerkschaftsvereinigung der tschechoslowakischen christlichen Arbeiterschaft in Brünn, der Zentralverband der Land- und Forstarbeiter in Prag-Smichow, der allgewerkschaftliche Verband der christlichen Arbeiter für Böhmen in Prag und schließlich der Verband der Land- und Forstarbeiterschaft in Dux. — Weiters waren vertreten die nachfolgenden Gewerkschaftszentren: Die tschechoslowakische Arbeitergenossenschaft, die tschechoslowakische Gewerkschaftsvereinigung und die christlichsoziale Reichsgewerkschaftskommission. Auf der Konferenz wurde über die Bestrebungen der landwirtschaftlichen Unternehmer gesprochen, die dahin gehen, die Löhne der Arbeiter vor dem Ablauf der Gültigkeit des Kollektiv-Vertrags herabzusetzen, sowie vom feindlichen Standpunkt der Unternehmer zu den Kollektiv-Verträgen der Landarbeiter überzugehen. Die Verhandlungen der Konferenz bewiesen einmütige Auffassung der heutigen Situation und es wurde daher einstimmig der nachstehende Beschluß gefaßt:

Die Gewerkschaftsorganisationen der Land- und Forstarbeiterschaft, welche auf der in Prag am 13. September 1922 tagenden Konferenz versammelt sind, anerkennen die Notwendigkeit des gemeinsamen Vorgehens zum Schutze der Interessen ihrer Mitgliedschaft und erklären, daß sie die Bestrebungen der Unternehmer auf Herabsetzung der Löhne energisch und einmütig ablehnen. Sie bekennen auf der Einhaltung der Kollektiv-Verträge und der durch sie garantierten Einkünfte bis zum Abschluß neuer Verträge. Sie erklären offen, daß die gegenwärtige Lage der Landarbeiter nicht zuläßt, daß ihr Lebensniveau herabgesetzt wird. Die heu-

tigen Einnahmen der Landarbeiter stellen nicht einmal das nackte Existenzminimum dar. Die Bestrebungen der landwirtschaftlichen Unternehmer, die dahin gehen, künftighin mit der Arbeiterschaft keine Kollektiv-Verträge abzuschließen, erklären wir für reaktionär und unsozial und wir bestehen nicht nur auf der Einhaltung der Verträge, sondern wir rufen den Schutz des Gesetzes und die exekutive Gewalt der Landesbehörden beziehungsweise der mit ihnen zusammenhängenden Korporationen für sie an. Wir verlangen von der Regierung und den gesetzgebenden Körperschaften die ungefälschte Vorlage eines Gesetzes auf Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstarbeiter, sowie die baldige Verwirklichung der Sozialversicherung überhaupt. Was die Zollpolitik betrifft, beschließt die Konferenz, daß genau so wie für die Erzeugnisse der Landwirtschaft auch für die industriellen Bedarfsartikel die Zölle entweder ganz aufgehoben oder wenigstens ermäßigt werden.

Die Konferenz erklärt, daß die auf ihr vertretenen Verbände bestrebt sein werden, die Verwirklichung dieser Forderungen gemeinsam und energisch durchzusetzen. Sie fordert die Abgeordnetenklubs der Arbeiterparteien auf, sich hinter diese Forderungen zu stellen und ihre Durchsetzung in der kürzesten Zeit anzustreben. Eine auf der heutigen Konferenz gewählte Kommission wird beauftragt, in diesem Geiste alle möglichen Maßnahmen zu treffen.

Die Mitgliedschaft der gemeinsam vorgehenden Verbände machen wir auf den Ernst der heutigen Lage, welcher sich binnen kurzem noch verschärfen wird, aufmerksam. Alle Land- und Forstarbeiter werden aufgefordert, in Ermägung dieser Lage ihre lokalen Organisationen zu stärken, ihre Pflichten diesen Organisationen gegenüber zu erfüllen und sie fähig zu machen, die Grenzen des bloßen Verhandels überschreiten zu können.

Die Konferenz appelliert an die gesamte Arbeiterschaft der übrigen Berufe, daß sie dem Beispiel gemeinsamen Vorgehens der Landarbeiter folge und sich mit ihr zur Verteidigung der Interessen des arbeitenden Volkes vereinige.

## Deutschlands Zahlungen.

Berlin, 13. September. Von den am Freitag fälligen Beiträgen von 40 Millionen Goldmark für die Ausgleichszahlung hat die deutsche Regie-

rung bereits ein Viertel bezahlt. Die übrigen 30 Millionen werden, wie die „B. Z.“ am Mittag“ erfährt, infolge inzwischen getroffener anderer Maßnahmen rechtzeitig aufgebracht werden können.

den deutschen Arbeitern ersparen.“ Die Sozialdemokratie ist also nach dem weisen Lurnwald schuld an der Weltwirtschaftskrise und an der Arbeitslosigkeit. Das und ähnlichen Hölzer ließen sich die Teilnehmer am Parteitag vorsetzen, ohne die Redner an die Luft zu setzen.

Und die beschlossene politische Entschlüsse, die, nebenbei bemerkt, gleichlautend jener von den Deutschellen in Gablonz beschlossene ist? Ist etwa das des Pudels Kern? Man höre: Der Parteitag „erkennt“ als Ursache der gegenwärtigen trostlosen wirtschaftlichen und nationalpolitischen Verhältnisse die sogenannten Friedensverträge. Wichtig, aber kaum neu zu nennen. Der Parteitag sei sich auch „klar“ darüber, daß eine Besserung nur durch Beseitigung der Verträge möglich ist. Na, jetzt wird wohl die große und kleine Entente und die Welt „aufhorchen“! Die traurige Lage der deutschen Sudetengebiete sei eine Teilerscheinung dieser Zustände und könne sich nur mit dem Untergang dieses Staates ändern. Das wird der Gefolgschaft Lodgmans imponieren! Aber nun fragt man sich, wie die Deutsche Nationalpartei dieses Ziel zu erreichen gedenkt und welche Mittel sie anwenden will. Darüber erfährt man aus der Resolution: die Deutsche Nationalpartei will — warten! Der Staat erzieht in seinen Grundfesten und mit ihm mögen die große und kleine Entente zittern: Lodgman, Jung und Baeran — warten! Sie warten bis der Staat zugrunde geht. Das hat nebenbei

den Vorzug der Bequemlichkeit und kostet nicht viel Nachdenkens. Die Entschlüsse bekennen: „Die deutsche parlamentarische Vertretung ist außerstande, an diesen Zuständen etwas zu ändern“. Angesichts dieser Panzerotterklärung der Deutschnationalen ist es freilich verständlich, wenn sie sich nach den vielen Mißerfolgen ihrer hin- und herschwankenden Politik auf das Partien zurückziehen.

Das Einbekenntnis ihrer mißglückten bisherigen unterschiedlichen Taktik sucht die Deutsche Nationalpartei in ihrer Entschlüsse mit bombastischen Phrasen zu verkleiden. Der Kampf soll außerhalb des Parlamentes verlegt, alle Bedenken sollen „hintangeworfen“ und „rücksichtslosester Kampf“ geführt werden. Aber vergebens forscht man danach, worin dieser „rücksichtsloseste Kampf“ bestehen soll. Man erfährt darüber nur, daß — „Auflösung innerhalb und außerhalb des Staates“ verbreitet werden soll. Da für diese Auflösung wohl auch schon jetzt gesorgt wird, so wird man auch diese Erkenntnis weder als neu noch als epochemachend ansehen können.

Wenn man somit die Ergebnisse des „Marxsteines“, den der Troppauer Parteitag darstellen sollte, überblickt, so kann man resumieren: die Lusterschütterung, welche die dort gehaltenen Reden verursacht haben, hat Niemandem Schaden gebracht. Man wird aber auch nicht behaupten können, daß sie der deutschen Bevölkerung dieses Staates genügt hat.

## Inland.

### Die korrupte Spirituswirtschaft.

Unter diesem Titel haben wir auf Grundlage eines Artikels des „Rude Pravo“ am Freitag, den 8. d. M., von dem 200 Millionengehalt berichtet, daß der Staat den Agrariern infolge seiner elenden Spirituswirtschaft für die Kampagne 1921—22 gemacht haben soll. Nun ergänzt das gestrige „Rude Pravo“ seinen damaligen Bericht durch Dokumente, die beweisen sollen, daß die landwirtschaftlichen Spiritusbrenner den Staat auch früher schon tüchtig ausgebeutet haben. Das Blatt schreibt: „So erhielten sie (die Spiritusbrenner) z. B. in der Kampagne 1920—21 für verarbeiteten Rohspiritus um 70 Millionen Kronen mehr, als ihnen gebührt. Am deutlichsten spiegeln sich diese „Geschenke“ in den Reserven der Genossenschaft der landwirtschaftlichen Spiritusbrennereien wieder.“ Der Bilanzbericht der Genossenschaft für das erste Jahr der Republik, d. i. für die Kampagne 1918—19 weist einen Reservefond von 2,105,675,58 Kronen aus, für die Kampagne 1919—20 erhöhte sich die Summe bereits auf 5,509,453,29 Kronen, in der Kampagne 1920—21 haben die Reservefonds der Genossenschaft eine Höhe von 13,831,945,39 Kronen erreicht. Daneben hat die Genossenschaft, wie das Blatt mitteilt, in dieser Kampagne ein Haus in Prag, Jeltnergasse Nr. 31 um acht Millionen Kronen, ferner ein kostbares Grundstück in Preshburg gekauft und einem „besonderen“ Propaganda-fond 11,804,399,60 Kronen gewidmet. Da die Presse in letzter Zeit dem Treiben der Genossenschaft schärfste Aufmerksamkeit widmet, trachtet nun die Genossenschaft, dieser unangenehmen Kontrolle zu entgehen und „die ganze Spirituswirtschaft in ihre Hände zu bekommen.“ In diesem Bestreben soll die Genossenschaft einen sehr geeigneten Helfer in Landwirtschaftsminister Stanek gefunden haben. Dieser propagiert angeblich den Gedanken der sofortigen Aufhebung der tschechoslowakischen Spirituskommission und soll die Geneigtheit dazu ausgesprochen haben, die Spiritusbewirtschaftung eventuell in ein Ressort des Landwirtschaftsministeriums aufzunehmen. Dabei denke er vor allem daran, so behauptet das „Rude Pravo“, dem Direktor der Genossenschaft Ernst Berka, der die Hauptschuld an der staatlichen Ausbeutung trage, die ganze Spiritusbewirtschaftung zu übernehmen und das bedeute nichts anderes, als den Bod zum Wärmer zu machen. Die Spirituskommission müsse aufgehoben werden, aber nicht in der Weise, daß sie dabei in privatkapitalistische Hände übergehe. — Gleichzeitig berichtet das „Rude Pravo“, daß für gestern nachmittags auf vier Uhr vom Finanzministerium eine Beratung über die künftige Spiritusbewirtschaftung und -erzeugung in der gegenwärtigen Kampagne anberaumt wurde. Zu dieser Beratung wurden eingeladen, vor allem Ressortvertreter der Ministerien für Handel, Landwirtschaft, Volksernährung und Finanzen, ferner die interessierten Organisationen der Spirituszeuger, der Verband der industriellen Spiritusbrennereien, die Vereinigung der industriellen Raffinerien und die Genossenschaft der landwirtschaftlichen Spiritusbrennereien.

Herr Dr. Lodgman hat auf dem dritten Reichsparteitag der deutschen Nationalpartei in Troppau u. a. auch über die Mobilisierung gegen Ungarn gesprochen. Er wiederholte dabei den seinerzeitigen Standpunkt seiner Partei, die deshalb damals Stellung gegen die Regierung genommen habe, weil sie es als undemokratisch brandmarken mußte, einem anderen Volke seine Staatsform aufzuzwingen.“ Diese großen Worte, mögen sie noch so fest und treu daselben, wie die deutschnationale Wacht am Rhein, vertragen trotzdem ihre Gebrechlichkeit und die Gedächtnisschwäche, an der Dr. Lodgman leidet. Denn im Jahre 1914, als es darum ging, Serbien eine andere Staatsform aufzuzwingen, da haben, soweit es uns erinnerlich ist, die Deutschnationalen sich mit Begeisterung zur Gutheißung dieser Tat gegeben. Nun sagt Herr Doktor Lodgman weiter: „Die sozialdemokratische Partei hat in dieser Frage den Standpunkt der Demokratie, wie übrigens auch bei anderen Gelegenheiten, verlassen und sich nur gegen die „sofortige“ Mobilisierung ausgesprochen, bevor alle Mittel erschöpft seien, um Kaiser Karl von seinem Vorhaben abzubringen; wenn diese Mittel etwa schlaggeschlagen wären, dann hätte diese demokratische Partei sich wahrscheinlich mit Begeisterung an die Spitze der glorreichen Armee gestellt, um die Wiederkehr der Sababurger nach Ungarn zu verhindern. Freilich scheint es mir zweifelhaft, ob die deutschen Arbeiter nicht eher mit uns der Meinung gewesen sind, der Thron in Budapest sei ihre Knochen nicht wert; jeder möge sich aber selbst die Frage

beantworten, ob diese Partei nach ihrer Stellung noch ein Recht darauf hat, sich demokratisch zu nennen." Herr Dr. Lodgman leidet nicht nur an einem Mangel des Gedächtnisses, sondern auch an dem der Sprache und der Logik. Denn abgesehen davon, daß er eine große Fälschung unseres damaligen Standpunktes vornimmt, der in den Kundgebungen genau präzisiert und nachzulesen ist, müssen wir feststellen, daß sich Dr. Lodgman sehr — unklar ausdrückt, wenn er behauptet, wir hätten auch „bei anderen Gelegenheiten“ den Standpunkt der Demokratie verlassen. Man soll, auch nicht auf Parteitag, mit so allgemein hingeworfenen Unwahrheiten Demagogie betreiben. Denn es hätte sich das Wunder ereignen können, daß irgend ein deutschnationaler Herr Dr. Lodgman zur Rettung dieser anderen Gelegenheiten aufgefordert hätte — und das wäre für ihn, da er sich offenbar dabei nichts gedacht hat, eine sehr unangenehme Plamage geworden. Ferner soll ein so „berühmter“ Parteimann nicht mit „Wahrscheinlichkeiten“ arbeiten. Denn die Behauptung, daß wir uns „wahrscheinlich“ mit Begeisterung an die Spitze der glorreichen Armee gestellt hätten, verrät Herrn Lodgmans „Mentalität“, d. h. er gerät sich unseren Kopf. Es möge ihm genügen, zu wissen, daß wir sicherlich nie das tun würden, was die deutschnationalen — denken. Wenn sich schließlich Herr Dr. Lodgman um die Knochen der deutschen Arbeitererschaft besorgt zeigt, da es galt, den Habsburgerthron in Budapest unangetastet zu lassen, so fragen wir ihn, ob er und seinesgleichen dieselbe Besorgnis für die Knochen der deutschen Arbeiter hegen, als es ihnen im Jahre 1914 darum ging, den Habsburgerthron in Wien zu schäpfen?

**Keine Herabsetzung der Eisenbahntarife.** Nach einer Meldung des „Ceste Slovo“ beabsichtigt das Eisenbahnministerium, der Regierung ein spezielles Memorandum zu überreichen, worin es darzulegen will, daß die Herabsetzung der Beförderungstarife eine gleichzeitige Steigerung des Defizits zur Folge habe. Eine Herabsetzung sei dann möglich, wenn das Finanzministerium auf einen Teil der Beförderungsteuern verzichte, welche 20 Prozent der Bruttoeinnahmen der Personbeförderung und 30 Prozent der Einnahmen der Lastenbeförderung betragen. Das Blatt schreibt: „Alles hängt angeblich vom Finanzministerium ab. Wie wird dieses antworten? ... Es wird kaum seine Einnahmen ausgeben und kaum eine Erhöhung des Defizits zulassen. Und so werden wir auch weiterhin die teuerste Eisenbahnbeförderung der Welt haben.“

**Baldige Verstaatlichung der Lokalbahn.** Da die Lokalbahn in Böhmen im kommenden Jahre ein Defizit von elf Millionen Kronen aufweisen werden, unternimmt die Landesverwaltungs-Kommission, wie die „Tribuna“ meldet, energische Schritte, um die Uebernahme der Lokalbahn in die Verwaltung des Staates zu beschleunigen.

**Für eine schwarze Internationale.** Unter diesem Titel meldet das gestrige „Ceste Slovo“, daß der erweiterte Exekutiv-Ausschuß der tschechoslowakischen Sozialistischen Partei auf der am 11. d. M. abgehaltenen Versammlung beschlossen habe, eine große internationale Organisation aller christlichen Parteien zu schaffen, die, wie in der Versammlung betont wurde, in allen Staaten die größten politischen Fraktionen bilden.

## Der Völkerbund und Oesterreich.

### Der Bericht Dr. Scipels.

Wien, 13. September. (AB.) In der heutigen Sitzung des Außen-Ausschusses der Nationalversammlung erstattete Bundeskanzler Dr. Scipel seinen Bericht über die Genfer Verhandlungen. Die Art, wie das österreichische Problem in Genf in Angriff genommen wurde, war geeignet, große Hoffnungen auf das Ergebnis der Beratungen zu wecken. Bei allen Besprechungen konnte der Kanzler feststellen, daß eine Verschleppung der österreichischen Angelegenheiten allgemein nicht bloß als ein schwerer Schlag für das Prestige des Völkerbundes, sondern vor allem als ein gefährlicher politischer Fehler betrachtet wurde. Daß der Kanzler die Mißschuld der Mächte und des ausländischen Finanzkapitals an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, an denen Oesterreich leidet, sehr deutlich betont und sogar erklärt hatte, das Ausland habe die österreichische Selbsthilfe sabotiert, sei ihm nicht verübelt worden. In erster Linie hat der Bundeskanzler die Aufhebung der unnatürlichen Absperrung Oesterreichs von den benachbarten Wirtschaftsgebieten und die Herstellung einer möglichst weitgehenden mitteleuropäischen Wirtschaftseinheit gefordert. Die österreichische Frage wurde von niemandem mehr als rein finanzielle betrachtet, die durch eine bloße Aushilfe aus der Welt geschafft oder mindestens vertagt werden könnte. Dennoch bestünden einige Gefahren. Die erste sei, daß die gewöhnliche Verhandlungsmethode des Völkerbundes naturgemäß so zeitraubend sei, daß Oesterreich ihr Ergebnis vielleicht gar nicht abwarten könne. Die zweite sei, daß es schwer werden könnte, alle Mächte rasch genug zum Entschluß und dann gleich zum Handeln zu bringen. Einige Mächte aber seien entschlossen und gerüstet, nötigenfalls auch allein, zu einer kleineren Gruppe verbunden, die niemanden ausschließt, aber nicht den Beitritt aller zur Bedingung für ihr eigenes Handeln macht, die erforderlichen Staatsgarantien zu leisten, und zugleich die Bankiers ihrer Länder zu veranlassen, daß sie bei der Kreditgewährung vorangehen. Es gibt einen Kreis von Staaten, in welchem die Trag-

## Gegen Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit.

### Wichtige Parteibeschlüsse.

Der Vollzugsausschuß des Parteivorstandes beschäftigte sich in seiner Sitzung am 12. September in längeren Beratungen mit den vorliegenden Berichten über den Umfang der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit. Es wurde beschlossen, an das Präsidium des Abgeordnetenhauses sowohl schriftlich als auch in einer mündlichen Vorrede das Ansuchen um die sofortige Einberufung des Abgeordnetenhauses zu stellen. Der Bericht des Genossen Dr. Czoch über die Beratungen mit den Vertretern der Regierung wurde zur Kenntnis genommen.

Die Versammlungen waren überall außerordentlich stark besucht und gaben der Erregung der Arbeitererschaft lebhaften Ausdruck. In allen Bezirken haben Abordnungen der Arbeitererschaft von der politischen Bezirksverwaltung ein sofortiges Eingreifen für den Preisabbau gefordert. Der Sekretär der Zentralgewerkschaftskommission Genosse Racoun gab eine informative Darstellung über die Aktionen, die durch die Zentralgewerkschaftskommission veranlaßt werden. Sodann wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Wo dies aus örtlichen Gründen geboten erscheint, haben weiters Versammlungen stattzufinden, deren Einberufung nur durch unsere Parteiorganisation erfolgt.
2. Die Vertrauensmänner der Bezirksorganisationen haben bei allen politischen Bezirksverwaltungen die Verhandlungen wegen des Preisabbaues weiter zu betreiben und

beständig dahin zu wirken, daß der Preisabbau sich in möglichst raschem Tempo vollzieht.

3. In allen Bezirken sind Feststellungen darüber zu machen, welche öffentlichen Bauten sofort in Angriff genommen werden können und ist dafür zu sorgen, daß diese Bauprogramme schleunigst zur Unterstützung und Förderung, insbesondere zur Mithilfe bei der Geldbeschaffung, den staatlichen Behörden vorgelegt werden.

4. Betriebseinstellungen und Betriebseinschränkungen dürfen von nun an nur mehr im Einvernehmen mit den Betriebsausschüssen und dem Gewerbeinspektorat vorgenommen werden. Für die Durchführung dieser Regierungsverordnung haben ebenfalls die Vertrauensmänner der politischen Organisation, sowie in den zwei vorgenannten Punkten, im Einvernehmen mit den Vertrauensmännern der Gewerkschaften vorzugehen. Weitere Informationen erhalten die Bezirksorganisationen auf schriftlichem Wege.

In derselben Sitzung des Vollzugsausschusses wurde beschlossen, zum Einigungsparteitag der Sozialdemokratie Deutschlands in Nürnberg, die Genossen Cermal und Kremser zu delegieren. Als Sekretär der Zentralstelle für das Bildungswesen wurde Genosse Dr. Luitpold Stern bestellt.

## Belgiens Forderung nach einem Golddepot.

Der Entschluß der belgischen Regierung, die Verhandlungen mit den Berliner Reichsstellen abzubrechen und zu verlangen, daß die von Deutschland aufs Reparationskonto auszugehenden Schatzscheine höchstens sechs Monate Laufzeit haben und durch ein Depot von hundert Millionen Goldmark in einer außerdeutschen Bank gesichert werden sollen, schlägt alle Hoffnungen auf eine günstige Lösung der Reparationsfrage nieder. Denn was bedeutet die belgische Forderung? Sie macht das mühsam und verlausuliert gewählte Moratorium der Reparationskommission unwirksam, weil ein Deutschland, das heute Verzögerungen zu leisten außerstande ist, ohne seine Baluta von der Wurzel ab zu zerstören in einem Jahr genau so unfähig sein wird, die Schatzscheine mit Bargeld einzulösen. Der drohende Zwang, das tun zu müssen, wird zugleich ein Wiederaufleben der deutschen Wirtschaft verhindern und jeden Auslandskredit unmöglich machen, denn Finanzleute leiden bekanntlich einer faulen Kundschaft, die schon mitten im Konturverfahren steht, keinen roten Heller. Die Ausfuhr belgischen Goldes, die bei der Autonomie der Reichsbank übrigens juristisch undurchführbar sein dürfte und nur durch eine Goldzwangsabgabe bewerkstelligt werden könnte, müßte außerdem der deutschen Baluta die letzte Fundierung rauben und so deren Verfall zu einem vollständigen machen. Es wird also der Reichsregierung kaum etwas anderes übrig bleiben, als mehr oder weniger entschuldigend „Nein“ zu sagen, und damit wäre die Sehnsucht Poincares nach einer „Verfehlung Deutschland“ endlich, endlich erfüllt und der Einmarsch ins Ruhrgebiet in greifbare Nähe gerückt. Die Gläubiger Deutschlands lämen so freilich nicht auf ihre Rechnung, aber die politischen Scharfmacher hätten wieder ihre „große Zeit.“ Belgien war jämmerlich schlecht beraten, als es zu diesem graufamen Spiele seine Hand bot, doch es ist nun einmal so: die diplomatischen Götter haben heute Trümpf in den Händen, auch am Bosphorus tut sich für sie ein reiches Arbeitsfeld auf, und wenn die Arbeiterchaft der Welt nicht rechtzeitig dazwischentritt, kann der allerwärts schmelzende Brand allzubald in helle Flammen ausfliegen.

## Belgiens Forderung nach einem Golddepot.

Das österreichische Komitee des Völkerbundes ist Montag abends neuerlich unter dem Vorsitz Balfours zu einer Sitzung zusammengetreten. Gegenstand der Beratung bildete eine Reihe von Fragen, die von dem Finanz- und Wirtschaftskomitee vorbereitet worden waren. An der Debatte beteiligten sich in erster Linie Lord Balfour, Marquis Imperiali und Dr. Benes. Der österreichische Bundesminister für Aeußeres, Grünberger, ergriff wiederholt das Wort, um die nötigen Aufklärungen zu erteilen. Das Finanz- und Wirtschaftskomitee, in welchem die österreichischen Sachverständigen vertreten sind, hat sich nunmehr, um die Arbeiten schneller vorwärts bringen zu können, in drei Unterkommissionen geteilt, die gleichzeitig tagen werden. Die erste wird sich mit der Prüfung des österreichischen Budgets, die zweite mit der neuzugründenden Notenbank und die dritte mit den von der Reparationskommission freigegebenen Aktiven als Sicherheiten für den künftigen Kredit befassen. Die drei Kommissionen werden heute und morgen sowohl Vorm- und Nachmittag ihre Arbeiten forsinnen. Für Donnerstag ist neuerlich das österreichische Finanzausschüsse unter Vorsitz Balfours einberufen.

## Ablehnung in Deutschland.

Berlin, 13. September. (Sch. B.) Die belgische Forderung, die deutsche Zahlung mit Schatzscheinen durch Ueberführung von Gold in eine belgische Bank zu sichern, findet bei den Blättern allgemeine Ablehnung. Nach Ansicht des „Berliner Tageblatt“ ist die Reichsregierung schon deshalb nicht in der Lage, das gewünschte Golddepot zu hinterlegen, weil die Reichsbank vor kurzem auf Wunsch der Entente in ein autonomes Unternehmen umgewandelt wurde, was zur Folge hat, daß der Reichsregierung kein Eingriffrecht in den Betrieb zusteht. Die deutsche Regierung kann sich nicht mit einer Lösung des Stundungsproblems einverstanden erklären, die keine Lösung ist, weil sie noch immer Leistungen von uns fordert, denen wir nicht gewachsen sind. — Für die „Bosische Zeitung“ ist die belgische Forderung undiskutabel. Alle Möglichkeiten einer zufriedenstellenden Regelung der Garantieforderung seien durch den unerwarteten Beschluß Belgiens zerstört worden. Der europäischen Sache habe die belgische Regierung keinen guten Dienst erwiesen. — Der „Vorwärts“ wirft die Frage auf, ob Deutschland der Papiermark auch noch die letzte Golddeckung nehmen soll. Dadurch sei dem Währungsverfall von neuem die Tür geöffnet. Noch seien nicht alle Türen zugeworfen, aber es muß betont werden, daß einseitige Diktate nicht die Wege sind, um dem Wahnsinn ein Ende zu machen, der Europa noch immer gefangen hält.

## Timolejew lebt?

Berlin, 13. September (Eigenbericht). Von sowjetoffiziöser Seite wird mitgeteilt, daß die Meldung über den Selbstmord des zum Tode verurteilten Sozialrevolutionär Timolejew nicht richtig sei. Er lebe sowie die anderen zum Tode verurteilten Sozialrevolutionäre. — Es wäre erfreulich, wenn sich diese Nachricht bewahrheiten sollte. Wenn jetzt die kommunistische Presse über angebliche Lügenmänner der Sozialdemokraten schreibt, so braucht nur darauf hingewiesen werden, daß die Sowjetregierung durch ihre Unterdrückung jeder Meinungsfreiheit selbst die Vorbedingungen für die Verbreitung falscher Nachrichten über die Verhältnisse in Rußland schafft.

## Tages-Neuigkeiten.

**Sturmlied.**  
 Draußen ist Brausen,  
 draußen ist Sturm.  
 Heil wie das Brandet  
 und saust um den Turm!  
 Das ist ein ledes, ein lustiges Lied.  
 Leben! und kämpfen! jauchzt es und sprüht!  
 Heil! so will ich's, so ist mir's recht!  
 Und bist du kein faßloser, kraftloser Knecht:  
 Sing mit  
 das ledt, das lustige Lied:  
 Draußen ist Brausen,  
 draußen ist Sturm! ...  
 Fritz Lindenlohl.

**Der Schourzeuge Muna.** Die Empörung, welche sich des gesamten westeuropäischen Proletariats wegen des Moskauer Schandprozesses gegen die Sozialrevolutionäre bemächtigt hat, ist den Kommunisten augenscheinlich sehr peinlich und immer aufs neue versuchen sie durch gefälschte Darstellungen des Prozesses die gefällten Urteile zu rechtfertigen. Nun hat Muna über die verurteilten Sozialrevolutionäre eine Rede gehalten — und der Reichsberger „Vorwärts“ druckt sie in zwei Fortsetzungen vollinhaltlich nach, — in der er zu beweisen sucht, daß das Urteil ein gerechtes war. Das tut er so: er stellt die angeklagten Sozialrevolutionäre als „Bourgeois“ hin und den „Beweis“ dafür erbringt er dadurch, daß er sagt, der Prozeß der Sozialrevolutionäre habe das lebhafteste Interesse der „Bourgeoisie“ erregt. Daß Muna den Verdacht jedes Klassenbewußten Arbeiters erwecken und es sei ein „nicht zu verkenndes Zeichen“, daß es sich nicht um Sozialisten und Revolutionäre handelt, denn im anderen Falle hätte die Bourgeoisie sich nicht um ihr Schicksal bekümmert. Wir erinnern uns, daß Muna einmal von Legionären verprügelt wurde, worauf in der deutschen bürgerlichen Presse, das Vorgehen der Legionäre sehr verurteilende Urteile zu lesen waren. Mit den Taschenspielerkünsten, mit denen Herr Muna die Sozialrevolutionäre in Lieblinge der Bourgeoisie umzuwandeln, könnte man auch ihn als Liebkind der deutschen Bourgeoisie erklaren. Ueber die Sozialdemokraten sagt Muna, daß sie sich über die Todesurteile entrüsten „ohne Schamrot“ zu werden. Muna irrt, denn kein Sozialist kann sich der Schamröte über das schändliche und niederträchtige Vorgehen der Sowjetregierung erwehren, die die schändliche Farce des Prozesses ins Werk gesetzt hat, um sich der unrauhem Sozialrevolutionäre ein für allemal zu entledigen. Besonders zu diskreditieren glaubt Muna die verurteilten Sozialrevolutionäre dadurch, daß er ihre Verurteilung aufzählt und dabei zu dem Schluß kommt, daß es sich nicht um Arbeiter, sondern um Intellektuelle handelt, die, wie er meint, mit vollem Recht eingekerkert werden können in die Klasse der Bourgeoisie, mindestens aber in die Gruppe des Kleinbürgertums. Also entweder Bourgeoisie oder „mindestens“ Kleinbürgertum! Aus der Jugendhörigkeit der Verurteilten zur russischen Intelligenz zieht der lähne Muna die weitere Folgerung, daß die sozialrevolutionäre Partei eine — Partei des Kleinbürgertums (!) sei, die „zwar“ eine revolutionäre Vergangenheit habe. Herr Muna vergißt dabei nur, daß auch die Trotski, Lenin, Radek, Tschitcherin und die anderen Moskauer Diktatoren alles andere als Arbeiter waren und ebenso wie die verurteilten Sozialrevolutionäre Intellektuelle sind, nach welcher Tatsache man entsprechend der Munaschen Logik auch die Volkshewisen als eine Partei des Kleinbürgertums ansehen kann. Herr Muna nennt die Verurteilten unter anderem auch „hohe Phrasendrescher“. Natürlich, mit dem Geist, der Muna auszeichnet, der nie Phrasen drischt, sondern stets nur gewaltige Geistesböden produziert, können diese armseligen Intellektuellen keinen Vergleich aushalten. Zur Beschimpfung gefeilt Muna auch noch die Verdächtigung und Verleumdung; er behauptet, die Sozialrevolutionäre wären in ständiger Verbindung mit der englischen und französischen Mission gestanden, von denen sie Geld und Waffen und auch Pläne erhielten. Den Beweis dafür zu erbringen, unterläßt er. Ebenso mißt er sich nicht um den Beweis, für seine Behauptung, Vanderveede habe die Mittel zur Verteidigung nicht etwa von der zweiten Internationale, sondern von „gewissen französischen Kreisen“ erhalten. Wer diese „gewissen französischen Kreise“ seien, das sei bereits aus Tageslicht gekommen. Aber Muna begnügt sich mit der Behauptung und hütet sich, die „gewissen französischen Kreise“ zu nennen. So geht es fort in Munas Rede, der schamlos genug ist die traurige Aufgabe zu übernehmen, die verurteilten Sozialrevolutionäre, die den bolschewistischen Moskauer Diktatoren ein namenloses Martyrium danken, zu beschimpfen. Dazu reicht die geistige wie die moralische Qualität dieses Muna eben noch aus.

Die Wirtschaftskrise und die Arbeiterklasse. Ueber dieses Thema, das heute dem Denken der gesamten Arbeitererschaft am nächsten liegt, sprach gestern abends Genosse Dr. Strauß vor einer sehr gut besuchten Versammlung im Proger „Arbeitsaal“. Er entwarf in knappen Zügen das Bild der Krise, wie sie sich seit dem Kriegsbeginn herausgebildet hat, und wies den Gewinn der besitzenden Klassen aus allen Kriegs- und Nachkriegsnöten nach. Der geschlossenen Front der Besitzenden gegenüber ist die zerplündernde Arbeitererschaft machtlos und darum drängt ein elementares Bedürfnis das Proletariat zur Einheitsfront. Die innere Notwendigkeit, die diesem Bedürfnis zugrunde liegt, wird auch seine Ver-

wirklich erzwingen. Das geinnte Proletariat wird der Reaktion Herr zu werden vermögen und die Wiederholung eines Clementarunglücks, wie es der letzte Krieg gewesen ist, zu verhindern wissen. Aus der kritischen Lage des Augenblicks weist die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei mit den Forderungen, die sie aufgestellt hat, den Weg. — Eine Debatte schloß sich an die sehr beifällig aufgenommene Rede nicht an und so schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Der Straßenbahntarif in Prag.** Gestern berichteten wir über die jedem Preisabbau habhsprechende Absicht des Verwaltungsrates, den Tarif der Prager Straßenbahn bedeutend in die Höhe zu schrauben. Zu dieser Erhöhung wird es nun aller Wahrscheinlichkeit nach doch nicht kommen, da es sich die Herren im Verwaltungsrat der Prager Straßenbahn nach längerer, äußerst stürmischer Sitzung denn doch überlegt haben, durch ein solches unerhörtes Vorgehen die Bevölkerung zum Vohlott der Straßenbahnen zu treiben. Es wäre jedenfalls nicht beim bloßen Vohlott geblieben, da der Arbeiter, der beispielsweise in Prag-Markin wohnt und in Prag-Smichow arbeitet, es sich auf die Dauer hätte nicht gefallen lassen, daß er vielleicht auf sein Mittagessen verzichten müßte, weil für ihn der neue Straßenbahntarif eine so empfindliche Belastung seiner Tasche bedeuten würde, die er nicht hätte auf sich nehmen können. Doch wenn es auch nach dem Beschluß der letzten Verwaltungsratsitzung zu einer Erhöhung der Tarife nicht kommt, so muß es auf alle Fälle an den Pranger gestellt werden, daß ein Unternehmen in der Zeit des beginnenden Preisabbaues die Freiheit (denn anders verdient ein solches Vorgehen nicht genannt zu werden) auftrahie, mit dem Plane einer unverschämten Verteuerung eines wichtigen Transportmittels vor die Öffentlichkeit zu treten. Denn die Absicht allein kennzeichnet schon die Herrschaften, denen die Verwaltung eines so wichtigen Unternehmens der Hauptstadt Prag übergeben wurde.

**Eine Straßenbahnfahrt in Berlin — zehn Mark.** Der Verwaltungsrat der Berliner Straßenbahn hat sich in seiner letzten Sitzung, zum vierten Male seit drei Monaten, mit einer Erhöhung des Straßenbahntarifes beschäftigt. Vor dem 22. Juni kostete eine Einzelfahrt drei Mark, dann vier, fünf und schließlich acht Mark. Der neue Tarif wurde mit zehn Mark festgesetzt und wird noch in dieser Woche eingeführt werden. — Zum Vergleiche der neuerlichen Verteuerung der Berliner Straßenbahntarife und der beabsichtigten Erhöhung der Tarife in Prag seien die Tarife, die heute in Paris in Geltung sind, in unserem Gelde angeführt: eine Fahrkarte auf der Untergrundbahn bis ein Uhr nachts — 67 Heller; eine Autobusfahrkarte höchstens 89 Heller und eine Karte auf der Straßenbahn — 56 Heller. Sollte die Prager Straßenbahn die Verteuerung der Tarife wirklich durchführen, so würde sie einen Rekord aufstellen. Die Frequenz der Bahn würde dann allerdings keinen Rekord aufzuweisen haben.

**Eine Abrechnung mit den Deutschgelben.** Anlässlich ihres Parteitagess hatten die „Gelben“ zwei Versammlungen im Trautentauer Gebiet einberufen. Die eine sollte am Montag in Oberaltstadt stattfinden, obwohl diese „Arbeiter“-Partei außer dem Tischlermeister Baudisch Emil, welcher selbst Unternehmer ist, doch keinen Anhang besitzt. Hunderte von Arbeitern hatten sich vor Beginn der Versammlung eingefunden, um in dieser ersten Zeit mit diesem Gesindel gründlich abzurechnen. Aber leider erfuhren sie, daß die Versammlung nicht stattfinden konnte, weil der Wirt den Varn fürchtete und den Nationalen das Lokal nicht überließ. Die andere Versammlung fand am gleichen Tage in Barschowitz statt, wo die beiden Genossen Haase und Erben mit über 200 Arbeitern erschienen. Es sprach Professor Wolschak aus Währisch-Schönberg. Die Arbeiter konnten beim Betreten des Saales feststellen, daß die Anhänger der Nationalsozialisten aus Fabrikanten, Gewerbetreibenden und einigen Beamten bestanden. Aus Herrn Wolschak sprach der vorträtigste Ueberläufer von der Sozialdemokratie zum nationalen Sozialismus; er zitierte einige Stellen von Marx, um beweisen zu wollen, daß Marx das Bankruptum nicht bekämpfte. Herr Wolschak schilderte den Vorgang, wie er bei der Sozialdemokratische Abgeordneter werden sollte, und wie — er es nicht wurde. Aus Kerger darüber ist er aus der Sozialdemokratie ausgestiegen und ins nationale Lager gegangen. Ueber die Wirtschaftskrise sprach Herr Wolschak überhaupt nicht. Nach ihm sprach der Genosse Erben, welcher behauptete, daß vom Vordredner kein Wort über die Ursachen der Wirtschaftskrise und über die Massenentlassungen seitens deutscher Unternehmer erwähnt wurde. Redner stellt unter dem Beifall der Versammlung fest, daß Herr Wolschak heute noch Sozialdemokrat wäre, wenn er Abgeordneter geworden wäre. Ferner konnte er beweisen, daß die Nationalsozialisten bei den Unternehmern beliebt gehen, damit ihre Partei in den Betrieben unterstützt wird. Nach dem Genossen Erben sprach Genosse Haase, welcher in wichtigen und satirischen Worten den Herrn Wolschak vor der Versammlung bloßstellte. Genosse Haase konnte nachweisen, daß die Deutschgelben gegen den Achtstundentag sind und von den Kapitalisten zu Wahlscheiden Geld nehmen. Weiters wurde Herr Wolschak als Leidenständer gebremst, weil er die toten Genossen wie Adler, Schmeier und Bernstorfer beschuldigte. Als weiterer Redner sollte Herr Augusten sprechen, welcher sich aber so widersprach, daß er gestornen war, seine inhaltlosen Ausführungen vorzeitig zu beenden. Die Unruhe in der Versammlung wurde so groß, daß sie geschlossen werden mußte. Bemerkten wollen

# 100 Millionen mehr für Arbeitslose.

## Enquete über die Krise in der Glasindustrie.

Am Dienstag fand im Handelsministerium eine Enquete über die Krise in der Glasindustrie statt. Der Vertreter der Glasindustriellen Ingenieur Heller führte aus, daß eine Wiederholung der heutigen Krise den unabweislichen Zusammenbruch der gesamten Glasindustrie bedeuten würde. Der Redner ist überzeugt, daß der Staat bald zu einer Goldwährung übergehen müsse. Die baldigste Einführung des autonomen Zoltarifes ist eine Hauptforderung der Glasindustriellen. Zu den wichtigsten Problemen bei der Lösung der Krise gehört die Frage der Gestehungskosten. Der Rohlenpreis müsse herabgesetzt und eine Erniedrigung der Preise für die eingeführten Rohmaterialien herbeigeführt werden. Beispielsweise zahlten die Glasindustriellen für Glasand aus Deutschland 1400 Kronen, während er drüben um 80 Kronen zu haben sei. — Der

Vertreter des Glasarbeiterverbandes in Teplitz Viktoria warnt davor, die qualifizierte Arbeiterschaft zur Auswanderung zu treiben. Die Industriellen müssen die Propaganda im Auslande intensiver betreiben. Die Glasarbeiter verwahren sich entschieden gegen eine neuerliche Herabsetzung ihrer Löhne. Gegen das Jahr 1920 sind die Löhne um 30 bis 40 Prozent gefallen, während die Lebensbedingungen im Industriegebiet die gleichen geblieben sind. — In der Debatte sprachen die Minister Rovač, Tučný und Sabran. Letzterer machte die Mitteilung, daß er vom Ministerialrat ermächtigt wurde, eine Erhöhung des Arbeteslofenunterstützung um 100 Millionen Kronen zu fordern. Diese Maßnahme werde sicherlich zur Veruhigung der Arbeiterschaft beitragen. Hierauf wurde die Enquete beendet.

wir noch, daß die nationalen Fakenkreuzler tschechische Gendarmen bestellten, weil sie sich vor der Wahrheit der deutschen Arbeiterklasse fürchteten.

**Gegen Arbeitslosigkeit und Teuerung, für den Preisabbau!** (Die Versammlung in Staab.) Die Sonntag den 10. September in Staab stattgefundene Versammlung war sehr gut besucht. Genosse Rahabla sprach zur Tagesordnung. Nach dem Genossen Rahabla sprach der Kommunist Segler, der den Ausführungen und Forderungen des Referenten beipflichtete. Nach längerer Wechsrede sagte die Versammlung den Beschluß, eine Abordnung von drei Genossen zur politischen Behörde zu senden, um dort die Forderungen betreffend Unterstützung der Arbeitslosen und des Preisabbaues vorzubringen. — (Eine machtvolle Kundgebung in Neutischewitz.) Eine Versammlung, wie sie Neutischewitz seit dem Umsturz nicht gesehen, fand am 11. d. M. um fünf Uhr nachmittags im Arbeiterheim statt. Das Versammlungslokal war in kurzer Zeit samt allen Nebenräumen überfüllt. Ebenso war der geräumige Garten voll besetzt. Im Saale sprach Senator Genosse Prof. Polach. Die Versammlung spendete wiederholt demonstrativen Beifall. Hierauf verlas Genosse Ritschmann die Resolutions, die einstimmig angenommen wurde. Es formierte sich ein gewaltiger Demonstrationzug, der auf den Stadtplatz zog, wo Genosse Ritschmann von den Stufen des Denkmals aus eine feierliche Ansprache hielt, die Arbeiter zur Kampfbereitschaft und zum Ausharren anfeuerte und zum Schluß zum ruhigen Ausseinertreten aufforderte. — An dem Demonstrationzug haben ungefähr 4000 Menschen teilgenommen.

**Schule und Konfession.** Bei den heutigen Einschreibungen in den Prager Schulen wurde festgestellt, daß bereits in fünf Bürger- und in acht Volksschulen die Mehrzahl der Schüler konfessionslos ist. Es sind dies besonders die Schulen in den Arbeitervierteln Prag-Lieben und Prag-Hollešowitz-Bubna. Interessant ist auch, daß heuer zum erstenmal in zwei Mädchenvolksschulen die überwiegende Zahl der Besucherinnen konfessionslos ist. Die tschechoslowakische Kirche hat unter den Schülern den größten Anhang in Prag-Hollešowitz-Bubna. Die meisten konfessionslosen Schüler gibt es in Prag-Lieben, wo beispielsweise die zweite Knabenvolkschule am Kofab 45 Prozent konfessionslose Schüler hat.

**Wiedel Klingelgeld gibt es in der Tschechoslowakei?** Bisher wurden in Kremlitz 30 Millionen 50 Hellerstücke und 40 Millionen 20 Hellerstücke geprägt. In der nächsten Zeit werden noch zehn Millionen 50 Hellerstücke und die gleiche Anzahl 20 Hellerstücke geprägt werden. Ingesamt wurden in Kremlitz 42 Millionen Kronenmünzen hergestellt, von denen sich 39 Millionen 200.000 Stück im Verkehr befinden. Jede Woche werden zwei Millionen neuer Kronenmünzen in Umlauf gegeben.

**Sonderbares Vorgehen der Prager Mustermeßverwaltung.** Ein Geschäftsmann hatte mit der Meßverwaltung vierzehn Tage vor Beginn der Mustermeße einen bestimmten Standplatz vereinbart; und zwar wurde ihm der Stand Nr. 4021 zugewiesen. Der Geschäftsmann, der Ersparungseinrichtungen für Hausbrandöfen aufstellen wollte, ließ sich um 9000 Kronen Reklamezettel drucken, auf denen er auch die Nummer seines Standplatzes anführte, und verhandelte sie an Interessenten. Doch kurz vor der Eröffnung der Mustermeße mußte der Geschäftsmann die Erfahrung machen, daß die Meßverwaltung bereits vor zwei Monaten seinen ihm vor kurzem zugewiesenen Standplatz an eine Konkurrenzfirma vergeben hatte, die jetzt aus der Reklame des Geschäftsmannes Nutzen zog, da es diesem nicht mehr möglich war, auf der Mustermeße auszustellen. Der geschädigte Geschäftsmann hat nun gegen die Meßverwaltung einen Prozeß angestrengt, auf dessen Ausgang man neugierig sein darf. Denn entweder herrschte in der Meßverwaltung eine so gründliche Unordnung, daß die spätere Vergebung des Ausstellungsstandes auf einem Irrtum beruhte, oder geschah die Weitervergebung durch ein nicht hiezu berufenes Organ. Auf alle Fälle aber wird die Meßverwaltung für ihre Tüchtigkeit eine schöne Geldsumme als Lehrgeld zahlen müssen. Denn auch die Verwaltung einer Messe muß erlernt werden.

**Wutiger Zusammenstoß in Oberschlesien.** Auf dem Bahnhof in Bawerwitz bei Ratibor kam es laut dem „Lokalanzeiger“ zwischen Schulpolizei und Arbeitern zu einem Zusammenstoß, bei dem zwei Arbeiter getötet und 13 verletzt wurden.

treten des Proletariats ermöglichen. Mit überwiegender Mehrheit wurde schließlich ein Antrag der Geschäftsleitung über die Einigungsverhandlungen und das Aktionsprogramm angenommen.

## Die Verhandlungen im Wiener Buchdruckerstreik.

### Die Entscheidung auf morgen verlag.

Wien, 13. September (Eigenbericht). Heute haben Verhandlungen zwischen den Zeitungs-herausgebern und den großen Konzerndruckereien stattgefunden. Die Zeitungsherausgeber waren geneigt, den Forderungen der Arbeiter entgegenzukommen und heute bereits einen Vertrag abzuschließen, während die Vertreter der Konzerndruckereien Schwierigkeiten machten. Da morgen der amtliche Index, das ist die Feststellung der Verteuerung der Lebensmittel im letzten Monat, bekanntgegeben werden wird, hatten die Vertreter der streikenden Buchdrucker kein Interesse, heute bereits abzuschließen und die Verhandlungen wurden auf morgen verlag. Infolgedessen erscheinen morgen früh keine bürgerlichen Zeitungen, sondern nur die „Arbeiter-Zeitung“. Auch die kommunistische „Rote Fahne“ erscheint nicht. In der gestrigen Sitzung der Vertrauensmänner der streikenden Buchdrucker hat bloß ein einziger Vertrauensmann für das Erscheinen der „Roten Fahne“ gestimmt, nämlich der Betriebsrat der „Roten Fahne“. Das ist ein Zeichen, wie gering der Anhang der Kommunisten unter den Buchdruckern ist. Morgen werden auch die sozialdemokratischen Zeitungen in der Provinz erscheinen. Die „Arbeiter-Zeitung“ ist heute in einer Auflage von einer Viertelmillion erschienen.

## Die deutschen Gewerkschaften als Wiederaufbauer.

Berlin, 13. September (Eigenbericht). Durch die Presse sind in den letzten Tagen eine ganze Anzahl von Pariser Telegrammen gegangen, daß die Vorschläge der Gewerkschaften für den Wiederaufbau angenommen seien und daß demnach mit einer wesentlichen Teilnahme der deutschen Gewerkschaften am Wiederaufbau zu rechnen sei. Wie vom Vorstande des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes mitgeteilt wird, ist diesem von einer solchen Entscheidung außer aus den Presse-meldungen nichts bekannt. Es kann sich bei den erwähnten Vorschlägen der Gewerkschaften für den Wiederaufbau Nordfrankreichs nur um Vorschläge handeln, die zu Beginn dieses Jahres von den deutschen Gewerkschaften insbesondere den Zeanikern und Bauarbeitern, für den Wiederaufbau von elf Dörfern im zerstörten Gebiete Nordfrankreichs gemacht worden sind, und deren Durchführung bisher gescheitert war. Es wäre möglich, daß die französischen Organisationen, mit denen zusammen das Projekt damals ausgearbeitet wurde, jetzt den Vertrag Stinnes benötigt hätten, um einen neuen Druck auf die französischen Instanzen zur Annahme der gewerkschaftlichen Vorschläge auszuüben.

## Die Entente für die Freiheit der Meerengen.

Paris, 12. September. Die von Lloyd George angeführte Note wurde heute durch den britischen Botschafter Lord Hardinge überreicht. Die britische Regierung erklärt darin, daß sie auf die Hilfe der Alliierten bei der Vertiefung Konstantinopels und der Halbinsel Gallipoli rechnet. Die britische Regierung schlägt vor, die Aufgabe der militärischen Besetzung für den Augenblick den alliierten Oberkommandos in Konstantinopel anzuvertrauen. Ohne den noch zu treffenden Entscheidungen vorzugreifen, ist es sicher, daß die französische Regierung ebenso dem Grundsatze der Freiheit der Meerengen treu bleiben wird wie die britische Regierung.

## Vor einer Orientkonferenz.

Rom, 13. September. (Agenzia Stefani.) Die französische Regierung hat der italienischen Note, in der vorgeschlagen wird, vor der Venediger Orientkonferenz eine Vorkonferenz abzuhalten, prinzipiell zugestimmt. Die britische Regierung erklärt in ihrer Antwort, sie teile den Wunsch einer raschen Einstellung der Feindseligkeiten, um zum raschen Abschluß eines dauernden Friedens im Oriente zu gelangen, und würdige den italienischen Vorschlag, wonach eine Konferenz abgehalten werden soll, deren Form und Programm verschieden wären, von jenem, das für die ursprünglich geplante Konferenz festgesetzt war. Sie glaubt indessen, daß es angezeigt sei, die Entwicklung der Ereignisse in Kleinasien bis zum Abschluß eines Waffenstillstandes abzuwarten, bevor man den Zusammentritt einer neuen Konferenz beschließe.

## Forderung nach Konstantin Abdanung.

London, 13. September. (Havas.) Die griechischen Kolonien in England und den Vereinigten Staaten haben Resolutionen angenommen, in welchen die Abdanung des Königs Konstantin und die Rückkehr Venizelos gefordert wird.

## Zweisprachigkeit in Südtirol.

Rom, 13. September. Nach der Trienter „Vberia“ steht die Erlassung eines königlichen Dekretes bevor, womit in Südtirol die Zweisprachigkeit in Ämtern, sowie zweisprachige Ortsbezeichnungen und Stempel verfügt werden, wobei der italienische Name zum Zeichen der Souveränität Italiens an erster Stelle figurieren soll.

**Eine gesprengte Runa-Versammlung.** In einer Versammlung, die Runa am Samstag in Teschen abhielt, waren in der Mehrzahl Sozialdemokraten anwesend, die durch Protestrufe die Versammlung sprengen wollten. Es kam zu einer Rauserei, so daß Gendarmen und Polizei den Saal räumen mußten.

**Selbstmord eines Liebespaars.** Am Montag haben in Leitmeritz der Privatbeamte Otto Bittel und seine Geliebte, die Privatbeamtin Franziska Steier, dadurch Selbstmord verübt, daß sie sich einen Metalltruh um den Körper wickelten, an das Ende des Drahtes einen Stein befestigten und diesen dann über eine Stromleitung warfen. Der Stromstrom tötete sie auf der Stelle.

**Der Personenverkehr auf der Elbe wird aufrecht erhalten.** Nach den Verhandlungen zwischen der sächsischen Regierung und der sächsisch-böhmischen Dampfschiffahrtsgesellschaft in Dresden wird die Personenschiffahrt auf der Elbe, die bekanntlich am 17. September stillgelegt werden sollte, verkehrsmäßig auf der ganzen Strecke zwischen Leitmeritz und Mühlberg fortgeführt werden.

**Einfuhr von Gefrierfleisch.** Samstag wird, wie das „České Slovo“ meldet, im Versorgungsministerium eine Beratung über die Fleischversorgung stattfinden. Es handelt sich hauptsächlich um die Verteilung von Gefrierfleisch. In der heurigen Winterzeit wird ausländisches Gefrierfleisch von nur guter Qualität eingeführt werden. — In einer Veranstaltung wird das Prager Publikum aufgefordert, Schwarzwaren nur in den billigsten Geschäften einzukaufen, um so die anderen Geschäfte zum Preisabbau zu zwingen.

**Zusammenstoß zweier Elektsichen in Prag.** An der Ede Mežbraunská ulice — Wenzelsplatz in Prag stießen gestern nachmittags vor 4 Uhr ein Motorwagen der Linie Nr. 3 und einer der Linie der Nr. 1 zusammen. Zehn Fahrgäste wurden verletzt. Der eine Motorführer erlitt einen Knieverstoß und blutige Verletzungen an den Händen. Die Glasscheiben der Wagen wurden fast vollständig zertrümmert. Der Zusammenstoß geschah dadurch, daß der Wagenführer des Dreierwagens auf dem glatten Gleiße den Motorwagen nicht zum Stehen bringen konnte und auf den andern Motorwagen aufstieß.

## Telegramme.

### Der deutsche Einigungsparteitag in Nürnberg.

Berlin, 13. September (Eigenbericht). Bei den heutigen gemeinsamen Verhandlungen der Parteivorstände der beiden sozialdemokratischen Parteien wurde beschlossen, vorbeisätzlich der Zustimmung der beiden Parteitage, den Parteitag zur Einigung und zur Gründung der vereinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands wie schon in Aussicht genommen, nach Nürnberg einzubekufen. Auf der Tagesordnung soll die Beschlußfassung über das Aktionsprogramm, die Einsetzung einer Programmkommission zur Beratung gestellt werden. Außerdem wird der Einigungsparteitag die Konstituierung des neuen Parteivorstandes und die Regelung organisatorischer Fragen vorzunehmen haben.

## Die Berliner Unabhängigen für die Vereinigung.

### Sezession der Ledebour-Gruppe.

Berlin, 13. September. (Eigenbericht.) Am Dienstag abends tagte die Generalversammlung der Berliner Organisation der unabhängigen Sozialdemokratie. Im allgemeinen wurde die Vereinigung als notwendig im Interesse des Proletariats begrüßt und das vorgeschlagene Aktionsprogramm als die geeignete Grundlage dafür angesehen. Genosse Theodor Liebknecht gab zugleich im Namen des Genossen Ledebour und einer kleinen Minderheit die Erklärung ab, daß sie die Vereinigung nicht mitmachen, sondern die selbständige unabhängige sozialdemokratische Partei ausrecht erhalten wollen. Kurt Rosenfeld sprach sich gleichfalls gegen die Vereinigung aus, und zwar deshalb, weil sie ohne die Kommunisten erfolge. Allerdings ließ er seine endgültige Stellungnahme noch offen. Die Genossen Crispin und Hilferding traten demgegenüber für die Vereinigung mit der sozialdemokratischen Partei ein, weil unter den augenblicklichen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen alles getan werden müsse, was das geschlossene Auf-

### Besprechungen über einen internationalen Garantiepakt.

Genf, 13. September. (Savas.) In der gestrigen Sitzung der Abrüstungskommission wurde der Antrag Cecilis betreffend den Abschluss eines Garantiepaktes erörtert. Es wurden drei Artikel angenommen, nach welchen eine Einschränkung der Rüstungen insoweit keinen Erfolg haben könne, als sie nicht eine allgemeine sein werde. Viele Regierungen könnten gegenwärtig die Rüstungen nicht reduzieren, wenn ihnen nicht hinreichende Garantien für ihre Sicherheit geboten würden. Es sollte ein allgemeines Abkommen aller interessierten Staaten erzielt werden, nach welchem sie sich im Falle eines Angriffes ausgiebige und unverzügliche Hilfe leisten würden.

### Genf, definitiver Sitz des Völkerbundes.

Genf, 12. September. In der heutigen Vormittagsitzung begann die vierte Kommission mit der Prüfung des Budgets des Internationalen Arbeitsamtes. Albert Thomas konstatierte, daß man das Budget des Arbeitsamtes für 1923 im Geiste strengster Sparsamkeit festgelegt habe, um der allgemeinen Wirtschaftslage Rechnung zu tragen, und daß es innerhalb der Grenzen des Budgets von 1922 gehalten sei, obwohl dem Amt neue große Aufgaben zugesallen seien. Die Kommission verlangt hierauf von Thomas Auskünfte über die definitive Einrichtung des Internationalen Arbeitsamtes in der Stadt Genf und über die Frage des neuen Gebäudes, das von der Generalversammlung im letzten Jahr vorgegeben war. Thomas antwortete, daß die Verhandlungen im Gange seien, um die Frage der definitiven Niederlassung des Völkerbundes in Genf zu regeln. Es sei jedoch die Aufgabe des Schweizer Delegierten, hierüber Aufklärung zu schaffen.

Die Kommission ersuchte den Schweizer Delegierten Usteri, seine Meinung zu äußern, worauf dieser einen kurzen Überblick über die ganze Frage gab. Er erklärte, daß der Bundesrat und der Regierungsrat der Stadt Genf, um ihre Sympathien für den Völkerbund zu bekunden, unter Vorbehalt der Genehmigung der gesetzgebenden Behörden beschlossen haben, dem Völkerbund zwei günstig gelegene Grundstücke zur Verfügung zu stellen. Die Mitteilung Usteris wurde mit großem Beifall aufgenommen. Die Kommission ersuchte Usteri, den Schweizer Behörden den Dank der Kommission für dieses großzügige Angebot auszudrücken.

Die Frage der definitiven Niederlassung des Völkerbundes in Genf ist somit dank des Geschenkes der Eigenoffenschaft und der Stadt Genf gelöst. Die vierte Kommission verwies diese Frage zum Studium der Einzelheiten an die Unterkommission.

### Wahlbeginn in den Vereinigten Staaten

Portland, 12. September. Gestern fand im Staate Maine die Wahl für den Kongreß der Vereinigten Staaten statt, die den allgemeinen Wahlen seit um zwei Monate vorausgehen pflegt und deren Ergebnis als ein Vorzeichen für das Ergebnis der allgemeinen Wahlen angesehen wird. Das Ergebnis liegt bisher aus drei Vierteln des Staates vor. Die Demokraten haben 5000 Stimmen mehr erhalten als im Jahre 1920, und die Republikaner 20.000 Stimmen weniger, jedoch sind die republikanischen Mitglieder des Repräsentantenhauses wiedergewählt worden.

### Hungerstreik der verurteilten Sozialrevolutionäre.

Die zum Tode des Erschießens verurteilten Mitglieder der Sozialrevolutionären Partei, die sich im „Inneren Gefängnis“ der staatlich politischen Verwaltung („Tscheka“) befinden, setzen ihren Hungerstreik schon den sechsten Tag fort. Frau E. Ratner befindet sich in bedenklichem Zustande. Die Sanitätsbehörden haben die Sozialrevolutionäre völlig von den anderen Gefangenen des „Inneren Gefängnisses“ isoliert. Jeder Verkehr der Verurteilten mit ihren Verwandten ist strengstens untersagt.

### Kleine Chronik.

Wohalsch die „Hammonia“ unterging. Die Blätter melden aus Vigo: Der Schiffbruch des deutschen Dampfers „Hammonia“ ist darauf zurückzuführen, daß die Kufen der Kohlenräume schlecht geschlossen waren und infolgedessen Wasser in das Schiff eindrang. Als der Kapitän sich davon überzeugte, daß es unmöglich war, das eingedrungene Wasser zu entfernen, steuerte das Schiff nach Vigo und forderte drahllose Hilfe. 17 Meilen vor Vigo sank der Dampfer. Die ersten ins Wasser gelassenen Boote schlugen um, wobei etwa 50 Personen ertrunken sein sollen.

Ein Totschlag in Leipzig. In der Nacht vom Sonntag zum Montag kam gegen 1 Uhr der Arbeiter John, der Leipzig, Bülowstraße 39, wohnt, nach Hause. Er fand die Haustüre verschlossen vor. Als er an ihr rüttelte, meldete sich von oben der Hauswirt, Maurermeister Kühne. Er rief John zu, daß die Türe geöffnet werden würde. Bald darauf erschien auch die Wirtschaftlerin des Kühne, die die Tür öffnete. Hinter ihr kam der Hauswirt Kühne, bewaffnet mit einem abgebrochenen Stuhlbein. Zwischen den beiden Männern entstand ein Streit; die Wirtschaftlerin begab sich unterdessen nach den oberen Räumen. Während des Streites verlegte der Hauswirt dem Arbeiter mit dem

Stuhlbein einen Schlag auf die obere Schädeldedecke. John zog darauf eine Pistole aus der Tasche und gab auf den Kühne zwei Schüsse ab. Dieser brach zusammen und verschied nach wenigen Minuten. Polizeiwache nahm den Arbeiter John fest. Nord liegt nach der Sache nicht vor. Es kann nur Totschlag in Frage kommen, wenn nicht Notwehr vorliegt, die geprüft wird.

Die Reifezeugnisse der reichsdeutschen Studenten. Nach Mitteilung des „Akademischen Austauschamtes“ waren im letzten Winter an den preussischen Universitäten 26.464 deutsche Studierende auf Grund von Reifezeugnissen voll immatrikuliert. Von ihnen waren 20.888 Gymnasialisten, 2295 Realgymnasialisten, 6336 Oberrealschüler. Die Gymnasialisten stellen demnach 57,13 Prozent, die Realgymnasialisten 25,49 Prozent, die Oberrealschulen 17,37 Prozent der Studierenden. In allen deutschen Universitäten war die Zahl der Studierenden 68.888, davon 38.345 Gymnasialisten, 17.795 Realgymnasialisten, 12.698 Oberrealschüler. Noch wie vor überwiegt der Anteil der Gymnasialisten in allen Fakultäten, außer in der philosophischen, wo der Anteil der Realanstalten fast 54 Prozent beträgt. Bei Mathematik und Naturwissenschaften erreichen die Realanstalten den höchsten Prozentsatz, nämlich 64, dann folgt Neuere Philologie mit 60,9. Es ergibt sich, daß die Entwicklung weiter zugunsten der Realanstalten verläuft. Für die Gesamtzahl der Studierenden lehrt die Statistik, daß die Abnahme in der Zahl der deutschen Studierenden weitergeht. Im Sommer 1920 waren an den preussischen Universitäten 42.065, im Winter 1921/22 26.464 immatrikuliert; an den deutschen Universitäten sank die Zahl von 75.179 auf 68.888. Die Abnahme erstreckt sich auf alle Fakultäten mit Ausnahme der rechts- und staatswissenschaftlichen. Bei den Medizinern ist weiterhin ein starker Rückgang zu beobachten.

### Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Kollektivverträge im Ostrauer Industriegebiet gekündigt. Wie die „Lidove Noviny“ bekanntgeben, hat der Verband der mährisch-schlesischen Industriellen den Gewerkschaften des Ostrauer Gebietes angezeigt, daß er per 11. September den am 6. Mai 1922 abgeschlossenen Kollektivvertrag kündigt. Es sei angeblich im Interesse der Arbeiterschaft, die Produktionskosten herabzubringen und in Einklang mit den Weltmarktpreisen zu bringen. Einen neuen Vertragsentwurf hat der Industriellenverband nicht vorgelegt.

Wie die Regierung unsere Gewerkschaften behandelt. Wir haben vor einigen Tagen berichtet, daß der Verband der Glasarbeiter in Lannwald, der den größten Teil der Arbeiter der Glasindustrie im deutschen Gebiet der tschechoslowakischen Republik umfaßt, zu einer vom Handelsministerium veranstalteten Enquete über die Krise in der Glasindustrie nicht eingeladen worden ist. Nun wird uns mitgeteilt, daß der Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, bei dem der weitaus größte Teil der Angestellten der Glasindustrie organisiert ist, gleichfalls zu der Enquete nicht eingeladen wurde. Der Zentralverband hat sich mit einer Beschwerde an das Handelsministerium gewendet, in der er unter anderem anführt: „Mit Rücksicht darauf, daß es sich um das Schicksal und um die Interessen vieler Hunderte von deutschen Angestellten der Glasindustrie dreht, die unsere Mitglieder sind und deren Interessenvertretung uns obliegt, müssen wir uns auf das entschiedenste dagegen verwahren, daß unser Verband bei der Zusammenfassung des Vorbereitungsausschusses vollständig übergangen wurde und richten hiermit an das Handelsministerium das dringende und wie vorstehend ersichtlich, begründete Verlangen, auch die Vertreter unseres Verbandes als an dem Beratungsverfahren auf das lebhafteste interessiert, zu den Vorbereitungen mit beizuziehen. Wir können nicht annehmen, daß das Handelsministerium beabsichtigt, derartige wichtige, in das Leben eines jeden Beteiligten so tief einschneidende Fragen zu behandeln, ohne die berufenen Vertreter des größten Teiles der in Betracht kommenden Interessenten mit anzuhören. Aus diesem Grunde glauben wir die sichere Erwartung aussprechen zu können, daß umgehend die Beiziehung der Vertreter unserer Organisation auch schon zu den Vorbereitungen bestimmt erfolgt.“ — Der Herr Handelsminister Kobal glaubt wohl, noch kurz vor seinem Rücktritt die Gewerkschaften provozieren zu können.

Einstellung des Bergwerkes in Kutisch bei Madno. In dem der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft in Prag gehörigen Eisenwerke waren früher 3300 Bergleute beschäftigt, von denen die Gesellschaft 2200 bereits entlassen hat. Am 1. Oktober hat sie, wie das „Prude Pravo“ meldet, die Absicht, weitere 800 Arbeiter zu entlassen und das Bergwerk einzustellen. Die politische Bezirksverwaltung in Madno macht den Arbeitern bei der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung große Schwierigkeiten. Die Vertreter der Arbeiterschaft weiklen vor einigen Tagen in Prag und ersuchten die Regierung, entweder die Gesellschaft zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen oder Rotstandsarbeiten durch die entlassenen Arbeiter ausführen zu lassen.

Die Spareinlagen bei den Banken und Sparkassen. Von Jänner bis Juni dieses Jahres zugewonnen. Bei 41 Banken waren Spareinlagen im Jänner 1922 in der Höhe von 4478 Millionen Kronen, im Juni von 5381 Millionen. Bei 386 Sparkassen waren im Jänner 7505 Millionen, im Juni 8044 Millionen Kronen. Mittlerweile wird wohl der gewaltige Umfang der Wirtschaftskrise auf die Spareinlagen in dem Sinne gewirkt haben, daß es heute in den Banken und Sparkassen weniger Spareinlagen gibt als im Juni.

Der Umlauf der Banknoten beträgt nach dem Ausweis des Bankamtes vom 7. d. M.

10.066.720.386 Kronen. Im Verhältnis zum Ausweis vom 31. August 1922 hat sich der Banknoten-Umlauf um 104.663.000 Kronen verringert. Der zulässige Banknoten-Umlauf beträgt nach dem Gesetz vom 10. April 1911 11.251.055.215 Kronen, so daß der tatsächliche Umlauf um 1.184.334.828 Kronen geringer ist als der gesetzlich zulässige.

Neue Fünfkronen-Banknoten. Mit Ende des Monats werden neue Banknoten über den Betrag von fünf Kronen lautend ausgegeben werden. Die Menge der ausgegebenen Noten wird sich auf 24 Millionen Kronen belaufen.

### Kurse der Banken.

Die tschechische Krone notiert in:

Zürich	Schw. Frank	0'1765
Berlin	Mark	58.00
Wien	österr. Kr.	—

### Prager Kurse.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1147.50	1151.50
100 Mark	2.15	2.35
100 tschech. Kr.	556.50	558.50
100 franz. Fr.	124.75	123.25
100 belg. Fr.	225.50	225.50
1 Pfund Sterling	130.75	132.25
1 Dollar	29.50	29.90
100 belg. Fr.	211	218
100 Dinar	40.50	41.50
100 österr. Kronen	0.0350	0.0450
100 poln. Zloty	0.4050	0.5050
100 ungar. Kronen	1.15	1.25

### Züricher Schlusskurse (Devisen).

Berlin	0'33'50	Paris	40.40
Wien	0'00'75	Railand	22.45
Prag	17.65	Sabapelt	0.22
Holland	205.75	Kyrum	1.75
Reichs-Doll.	5.30	Warschau	0.08
London	23.75	Wien gest.	0'0087

### Gerichtssaal.

#### Ein Mordprozess gegen bessere Einbrecher in Berlin.

Vor der Strafkammer des Berliner Landgerichtes I kommt demnächst der bekannte Fall des Direktors Morvilius zur Verhandlung. Angeklagt sind fünf Ehepaare, und zwar Franz Morvilius, ehemaliger Direktor der Reichs-Treuhand-Gesellschaft, und Frau Luise, geb. Severin; Kaufmann Max Exert und Frau; Rechnungsprüfer Artur Förster und Frau; Kaufmann Josef Röber und Frau und der Vertreter Ludwig Süls und Frau. Es handelt sich um eine Reihe systematisch ausgeführter Raubdiebstähle, wobei die Gegenstände so ausgewählt wurden, daß sie später ein einheitliches Ganzes gaben. Das Verfahren ist seit 1917 hindurch fortgesetzt worden, so daß diese großartig arbeitende Diebstahlsbande schließlich über prächtig eingerichtete Wohnungen verfügte. Als der Betrieb zusammenbrach, weil Frau Förster und Frau Röber von der Polizei erwischt wurden, fand man in diesen Wohnungen ein förmliches Warenlager von

Pelzen, Kleidungsstücken und Luxusgegenständen aller Art. Beschlagnahmt wurden für 90.000 Mark Waren und zwei Bankbücher mit 170.000 Mark. Direktor Morvilius wird nicht nur der Hehlerei beschuldigt. Die Anklage geht auch dahin, daß er seine Stellung benutzte, um die ihm verwandte Diebstahlsbande, zu deren tätigen Mitgliedern seine Frau gehörte, zu decken. Für die Verhandlung sind 80 Zeugen geladen.

### Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute, den 14.: „Bajodere“; Freitag, den 15.: „Papa“; Samstag, den 16.: „Beitelschneider“; Sonntag, den 17.: nachmittag „Das verwunschene Schloß“, abends „Bajodere“; Montag, den 18.: „Königskinder“.

Kleine Bühne. Heute, den 14.: „Der Wolf“; Samstag, den 16.: „Der Wolf“; Sonntag, den 17.: „Papa“.

### Turnen und Sport.

Fußball. Verbands-Spiel Mitteldeutschland gegen DFB. f. d. Tschechoslowakei. Sonntag, den 17. September in Leipzig. Die Mannschaften: Mitteldeutschland: Dölling (Eintracht, Leipzig), Schumann (Wacker, Halle), Drechsel (Ring, Dresden), Gärtner (Dresdener Sportklub), Eddy (D.F.B. Leipzig), Wittig (Chemnitzer B.C.), Leip. Reichmann (beide GutsMuths, Dresden), Seemann (Spielver. Leipzig), Meißner (Vorfissa, Halle), Paulsen (D.F.B. Leipzig). — DFB.: Schlaf, Rudynka (beide D.F.C.), Wagner (S.B. Saaz), Busch, Eppenheim (Korfbader F.R.), Krombholz (D.F.C.), Strnad (Wormsdorf), Patel, Böß, Leh, Heller (alle D.F.C.).

Reichtatfest. Das Meeting der Handelsangeestellten in Budapest brachte folgende Resultate: 220 Harb. Hürden: Somjai-WAC. 26.4 Sek. (Reford), 100 Harb. Gerb.-WAC. 10 Sek. (Reford), 800 Meter: Wellentener 1: 58.1, 200 Meter: Gerb. 22.4, Weisprung: Kalusta-WAC. 7.01 Meter, 400 Meter: Gerb. II. 53.1 Sek., 3000 Meter: Remethy-FIE. 9: 08.7, 3 englische Meilen: Remethy 15: 12.3 (Reford), 4x100 Meter-Staffette: WAC. 43.5 Sek. (Reford), 200 Meter Hürden: Somjai 26.1 Sek., 100 Meter: Gerb. 11 Sek., Schwedenstaffette: WAC. 4: 05.4.

Tragen Sie keine teuren Ledersohlen. Ledersohlen, auch solche besser Qualität, haben nicht jene Vorteile wie die neuen Palma-Kautschuk-Sohlen. Nicht nur, daß dieselben billiger sind, ist deren Haltbarkeit bedeutend größer als die der Ledersohlen. Sie schützen aber auch die Füße vor Risse und Kräfte und sind wegen der großen Elastizität sehr angenehm zu tragen. Jeder Einzelne muß Palma-Kautschuk-Sohlen und Palma-Kautschuk-Abfüße betrügen, weil das Tragen derselben nicht nur eine Ersparnis bedeutet, sondern auch gesundheitliche Vorteile bietet! 1028a

Herausgeber: Dr. Ludwig Esch und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs- und Anzeigen-Gesellschaft Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: D. Polik.

Was ist  
**? VITELLO ?**

VITELLO ist eine einzig dastehende Qualitäts-Margarine von unerreichter Güte und höchstem Wohlgeschmack. Vitello gleicht daher jeder dänischen Butter und ist dabei um 50% billiger.

**Wir liefern alle Buchereien**

sowie auch Ergänzungen solcher für Gemeinde und Schule, Gewerkschaften und andere Organisationen wünschgemäß zum Originalpreis der Verleger.

Buchhandlung Freiheit, Teplitz-Schönan  
Theresienstraße 18.

**Alle**

Satzorganisationen, Bezirksorganisationen, Kreisorganisationen, Gewerkschaftsorganisationen, Buchhandlungen, Schriftenabteilungen und alle Organisationen der Parteiblätter, Korrespondenz und Parteigenossen

sollen den Vertrieb des

**Zeitschner**

**Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönan, Tischergasse 6, 1002**

empfehlen sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckschriften: wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitteilungsblättern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Fakturen, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Seilmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

**Parteitagsprotokolls 1921**

organisieren, die Einzelbestellungen sammeln und sofort die Gesamtbestellungen zichten an das

**Secretariat der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Teplitz-Schönan, Seilerstraße 1.**

Das Protokoll kostet im Einzelverkauf 25 Kronen, bei Bezug bis zu zehn Stück 24 Kronen, bei Bezug von elf bis fünfzig Stück 22 Kronen 50 Heller, bei Bezug von über fünfzig Stück 20 Kronen ausschließl. Porto)